

Wirbel um Inklusions-Gutachten

Beitrag von „tibo“ vom 2. Juni 2024 20:22

Ich bin mittendrin e.V. sehr positiv gegenüber eingestellt. Die Kritik hier geht aber für mich am Problem vorbei bzw. sehe ich das Problem nicht in zu leichtfertig vergebenen Förderschwerpunkten. Es ist aber auch ein sehr spannendes Thema. Das Gutachten ist sowohl komplett als auch in einer Kurzfassung (die kann ich allen empfehlen zu lesen) online verfügbar und ich habe dort wenig gelesen, was für einen "Skandal" spricht. Das wesentliche Problem ist natürlich genau das, was du benennst, mittendrin e.V. kritisiert und was ich als Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma kennengelernt habe. Nur mit Etikett bekommt man Ressourcen, das Etikett kann aber zu Stigmatisierung führen und widerspricht eigentlich der Kernidee von Inklusion. Das ist aber auch der Subtext dieses Gutachtens.

Ich habe dieses Jahr zwei Verfahren für den Förderschwerpunkt Lernen mitbeantragt und - bearbeitet. Die Kinder haben die Lernziele der Schuleingangsphase nicht erreicht. Ein Kind hat bereits eine dreijährige Verweildauer in der Schuleingangsphase, bei einem Kind ist auch bei einer dreijährigen Schuleingangsphase nicht zu erwarten, dass es die Lernziele erreicht. Mein Ziel im Unterricht ist eine Individualisierung und Differenzierung, gleichzeitig bin ich aber natürlich an die Lehrpläne gebunden. An der Stelle ist es dann für die Kinder und für mich sehr sinnvoll, das Verfahren zu eröffnen, damit ich vom Lehrplan abweichen und so weiter auf das passende Niveau individualisieren und differenzieren kann.

mittendrin e.V. sieht dabei "Folgen, die das gesamte Leben prägen" und das Folgeproblem, dass "dann [...] nach deutlich reduzierten Lehrplänen unterrichtet [wird]. Der Weg zurück zum Regel-Lehrstoff gelingt dann nur noch in Ausnahmefällen." Kann ich nachvollziehen, aber die eine bis zur Inklusion betriebene Alternative wäre ja, die Kinder auf einer Förderschule zu separieren. Die zweite Alternative wäre, die Kinder mit dem Lernstoff, den sie nicht schaffen können, weiter zu überlasten. Beides ist aus Sicht des Kindes und der Schule nicht wünschenswert und nicht im Sinne der Inklusion.

Im nach meiner Meinung Optimalfall wäre ein AO-SF und damit eine Etikettierung nicht notwendig, damit ich die nötigen Ressourcen - hier vor allem die Möglichkeit vom Lehrplan zugunsten der realistischen Lernziele der einzelnen Kinder abweichen kann - bekomme. Der Normalzustand sollte sein, dass dies für alle Kinder gilt und ich wesentlich niedrigschwelliger diese Möglichkeiten nutzen kann. Momentan ist das AO-SF aber die einzige Möglichkeit, alle Kinder auf ihrem möglichen Niveau zu unterrichten und deswegen eindeutig etwas Positives für alle Seiten. Ganz sicher kann ich sagen, dass wir nicht mehr Anträge stellen, als notwendig wären. Im Gegenteil bekamen wir von den externen Sonderpädagog*innen mehr als einmal zurückgemeldet, dass ihnen bei der Hospitation weitere Kinder aufgefallen sind, die auch einen Förderbedarf haben könnten, für die wir keinen Antrag gestellt haben. Soweit ich informiert bin, erhalten wir aber auch keine festen weiteren Ressourcen (finanziell oder personell), wenn wir

mehr Kinder mit dem Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung oder Lernen hätten.

Was ich und was wir als Schule aus dem Gutachten mitnehmen wollen, ist, dass wir die Kinder mit Lernrückständen natürlich früher durch standardisierte Diagnostik erkennen und dann passende, wirksame Förderangebote schaffen wollen. Das Vorbild Kanada hatte ich ja bereits in einem anderen Thread erwähnt. Das Gutachten wirft natürlich einmal mehr den Fokus auf den Zwiespalt zwischen standardisierten Lehrplänen, etikettierenden rechtlichen Vorgaben und einem engen Inklusionsbegriff im System Schule und der Kernidee der Individualisierung und einem weiten Begriff der Inklusion. Da wird es auch keine perfekte Lösung geben, Inklusion ist auch insofern mehr ein Weg als ein abschließbares Ziel.